

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Donnerstag, 24. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. A. Danne & Co.,
Hofmeister & Vogler,
Ludolph Meise.
In Berlin, Dresden, Straßburg
beim „Zentralblatt.“

Nr. 137.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechszeilige Zeile oder deren Raum, Reklamen nach Verhältnis höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 1 1/2 Pf. nach Mittag 8 angenommen.

1876.

Vom Landtage.

12. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 23. Februar, 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, Falk, Ad. Nach und Friedenhal.

Auf der Tagesordnung steht in erster Linie folgende Interpellation des Abg. Windthorst (Bielefeld): „Nach den vom Herrn Kultusminister in den letzten Sessionen wiederholt abgegebenen Versicherungen dürfte erwartet werden, daß die Vorarbeiten für das Gesetz den Art. 26 der Verfassungsurkunde verheißene Unterrichtsgesetz wohl gefördert sein würden, um dasselbe dem Landtage in dieser Session vorlegen zu können. Da diese Erwartung nicht erfüllt zu werden scheint, andererseits aber der Mangel eines guten Unterrichtsgesetzes täglich schwer empfunden wird, so erlaube ich die Unterredneten an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten: Wie weit sind die Vorarbeiten für das Unterrichtsgesetz gediehen, und wann darf die Vorlage desselben erwartet werden?“

Abg. Windthorst (Bielefeld): Als vor zwei Jahren die Verhandlungen zum Abgeordnetenhause vollzogen wurden, da war es die vorläufige Hoffnung aller liberalen Wähler und Abgeordneten — und kann auch wohl behauptet, aller derjenigen liberalen Wähler und Abgeordneten, welche es sich zur Pflicht gesetzt hatten, die Politik des gegenwärtigen Ministeriums zu unterstützen — eine Hoffnung, die sich in der Presse, wie in Wahlversammlungen ihren Ausdruck fand, daß diese 12 Legislaturperiode nicht abermals vorübergehen würde, ohne dem Lande das lange und oft zugesagte und eben so beifolgende Unterrichtsgesetz zu bringen. Ja, m. H., ich glaube behaupten zu dürfen, daß es die allgemeine Ueberzeugung des Landes war, daß gerade die Ausarbeitung und Durchberatung dieses so wichtigen Gesetzes neben der Verwaltungsorganisation die hervorragendste eigentliche Aufgabe dieser Periode sein würde, daß sie, wie ich sagen möchte, dieser Periode ihre eigentliche Signatur geben würde. M. H., diese Erwartung ist getäuscht! Auch die letzte Session dieser Legislaturperiode wird vorübergehen und das Unterrichtsgesetz nicht zu Stande kommen. Wir werden zu unseren Wählern mit leeren Händen zurückkehren und die Verpflichtung haben, wenn wir das Mandat in ihre Hände zurückgeben, ihnen Rechenschaft über die Gründe abzulegen, weshalb das Unterrichtsgesetz nicht zu Stande gekommen ist. Das scheint mir die genügende, wenn auch sehr traurige Veranlassung meiner Interpellation zu sein. M. H., es ist eine lange und unerquickliche Geschichte, die uns aus den Akten und Verhandlungen des Hauses entgegentritt, welche sich mit der Frage der Einbringung des Unterrichtsgesetzes beschäftigen. Es ist ein langer, stürmischer Kampf, verknüpft mit der einen Seite mit den Männern, welche als Minister des öffentlichen Unterrichts an und für sich am meisten berufen waren, dieser Forderung der Verfassung und des Volkes endlich zu genügen, aber, was die ersten 4 Minister betrifft, Alles gethan haben, um diese Forderung grübelnd zu hintertreiben, verknüpft mit dem Namen des Adenbiers, Bethmann-Hollweg und eines von Mülher. Auf der anderen Seite wurde aber der Kampf mit unermüdlicher Energie sowohl im Volke selbst, wie in diesem Hause für das Zustandekommen des Unterrichtsgesetzes geführt, ich erinnere vor Allem an die Namen Herberich und Harfort. Als nach dem Sturz des Ministers Mülher Herr Falk das Unterrichtsministerium übernahm, da bedeutete sein Name bei allen Parteien des Landes ein Programm vor Allem das der entlichen Vorlegung des Unterrichtsgesetzes. Ich mache dem Minister keineswegs einen Vorwurf daraus, daß er bis jetzt noch nicht diese Aufgabe zu erfüllen in der Lage war, ich weiß sehr wohl, daß seine Kräfte, seine große Thätigkeit leider hat absorbiert werden müssen auf dem Gebiete des Kulturkampfes, auf dem er sich den Anspruch der Dankbarkeit in den weitesten Kreisen erworben hat. (Oh! lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ich muß auch weiter anerkennen, daß der Minister, soweit seine Zeit und seine übrige heisende Zeit es erlaubte, auf diesem Gebiete wenigstens das Allerwichtigste gethan hat und im Verordnungswege einen großen Theil der hervorragendsten Angelegenheiten von früherer Zeit beseitigt hat. Aber es fehlt eben die Grundlage, dauernde Grundlage. Daß diese Reformen nur auf Minister einseitig abgeändert werden können, das eben bringt die Unklarheit der gegenwärtigen Lage hervor, die in den Kreisen der Lehrerschaft wie des gesammten Volkes immer schwerer empfunden wird. Wir haben immer das Vertrauen zu dem gegenwärtigen Minister gehabt, daß er diese große und schwere Aufgabe endlich zu Stande bringen werde und wir haben auch in diesem Augenblicke dieses Vertrauen nicht verloren. Er hat die Lösung dieser Aufgabe als selbst wiederholt als die große Aufgabe seiner ministeriellen Wirksamkeit bezeichnet. Ich verkenne nicht die großen Schwierigkeiten, die der Lösung einer solchen Aufgabe entgegenstehen und ich will zugeben, daß die meisten Gründe, welche der Herr Minister anerkannt, namentlich bei dieser Gelegenheit angeführt hat, als zutreffend anerkannt werden müssen; denn allerdings ist es eine riesenhafte Arbeit, das so wichtige Material zum Unterrichtsgesetze zu verarbeiten, welche sich vor Allem die Schule definitiv von der Kirche zu trennen, welche sich bisher als Mutter der Schule bezeichnet hat, welche aber den liberalen Parteien für die böse Stiefmutter derselben halten. (Oh! großer Aufbruch im Centrum.) Wenn man die großartigen Fragen des Lehrplans und der großartigen Lehrstoffe, welcher festzustellen ist, die Fragen der Organisation des obligatorischen Unterrichtswesens, der Stellung der Lehrer, welche augenblicklich in keiner Weise der Würde derselben entsprechen, die Regelung des Aufsichtswesens, die Schulverwaltungsorganisation, die Stellung der Schulen im Unterrichtswesen ins Auge faßt, wird man die ungeheure Schwierigkeit erkennen, welche Fragen gesetzgeberisch zu bewältigen. Ich möchte den Kultusminister nur daran mahnen, daß es ihm gehen könnte wie dem Minister Mülher, welcher so lange Material zum Unterrichtsgesetz sammelte, bis seine Stunde geschlagen hatte und dann fingt der neue Unterrichtsminister wiederum an zu erwägen. (Heiterkeit.) Der zweite Grund vom Unterrichtsminister angeführte Grund war die doch nicht ganz unauflösbare Organisation, ohne welche das Unterrichtsgesetz nicht ausführbar sei. Wenn der Herr Minister die Vorlage des Unterrichtsgesetzes bis zur Einführung des Verwaltungsgesetzes in alle Provinzen aufschieben will, dann frage ich, daß er diesen Zeitpunkt nicht erwägen wird. Ein anderer Hinderungsgrund, welcher vom Unterrichtsminister nicht erwähnt ist, sind die beiden ersten Alinea des Art. 24 der Verfassung, welche der konfessionslosen Volksschule entgegenstehen. Wir haben schon so manche Auswüchse der Verfassungsurkunde beseitigt, (Oh! im Centrum) wir werden auch hier dem Minister freie Bahn für seine Thätigkeit lassen. Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Grund ist der mächtige Widerstand der konservativen Partei, welcher sich heute auf demselben Standpunkte wie anfangs dieses Jahres, und namentlich ihr Führer Herr v. Gerlach (Heiterkeit), welcher damals sagte: „Meines Erachtens ist es eine hoch

Chre für den Elementarlehrer, wenn er das Amt eines Küsters bekleidet.“ (Heiterkeit.) Hand in Hand mit der konservativen Partei in der Verbindung des Unterrichtsgesetzes ging die ultramontane Partei und vor Allen Mallinckrodt und Reichensperger längt vor dem Kulturkampf. Den vielfachen Klagen über die Bewilderung der Sitten, über das Ueberhandnehmen der sozialdemokratischen Lehren und über den Aberglauben von Bois d'Haine wird man nur durch eine gute Verstandes- und Herzensausbildung in der Volksschule abhelfen können. Die Elemente der Bewilderung sind in der jetzigen Schule großgezeugen worden. (Widerpruch im Centrum.) Die Dringlichkeit meines Antrages wird noch erhöht durch die neuere Nachricht, daß protestantische Lehrer gegen die konfessionslose Volksschule agitieren. Eine solche Agitation ist ein bedenkliches Zeichen und hat ihren Grund in der Unsicherheit unserer gegenwärtigen Gesetzgebung. Unter Schulaufsichtsgesetz ist in Bezug auf das Volksschulwesen ein Bild ohne Rahmen. Der Herr Minister kann nicht jede Persönlichkeit kennen und muß sich auf die Berichte der unteren Instanzen verlassen. Thatsache ist aber, daß in vielen Kreisen die Heißsporne der protestantischen Dithyrambe in alter Herrlichkeit und Freude das Amt eines Kreis-Schulinspektors inne haben. Dann können die Lehrer doch nicht denken, daß der Wind so vollständig umgeschlagen sei, wie es scheint. Die Unsicherheit über das zu erwartende organisatorische Unterrichtsgesetz muß ein Ende gemacht werden, da diese eine tiefe Erregtheit im Lehrerstand verursacht hat. Der Herr Minister möge dem Lande die Gründe darlegen, welche ihn jetzt doch verbinden, seine reformatorischen Gedanken gesetzlich zu realisieren. Er möge aber bei der Ausführung derselben sich stützen auf den besser denkenden Theil der Nation und sich im Herzen derselben setzen ein monumentum aere perennius. (Bifall links. Zwischen im Centrum.)

Kultusminister Dr. Falk: Wenn das Haus meine Antwort gehört haben wird, dann ist es vielleicht auch meiner Meinung, da ich in diesem Augenblicke nicht zudringen kann, daß der Vorredner von dem frischen Bathos, um dessentwillen wir seine Reden so gern hören, im vorliegenden Falle vielleicht einen zu ausgiebigen Gebrauch gemacht hat. (Heiterkeit.) Ich bin in der Hauptsache ganz mit dem Enderstandenen, darin nämlich, daß es ein dringendes Bedürfnis ist, durch ein allgemeines Unterrichtsgesetz, welches der eingetretenen Entwicklung entspricht, die bestehenden Lücken auszugleichen und ein ansehnliches Maß gesetzlicher Normen für die Verwaltung festzustellen. Diese meine Ueberzeugung ist keine neue, sondern vom ersten Tage an, wo ich mein Amt übernahm, habe ich diejenigen Maßnahmen ins Auge gefaßt, die den Boden vorbereiten sollen, auf welchem eine gesetzliche Fixierung geschehen kann. Es ist das bei einem Gesetz, wie das Unterrichtsgesetz vor Allem erforderlich. Es kann ja nicht, wie manchmal geglaubt wird, jede Kleinigkeit in dem Unterrichtsgesetz fixirt werden, das würde eine vollkommene Lähmung jeder Entwicklung des Unterrichtswesens herbeiführen, welches niemals stillstehen kann und stillstehen darf; sondern es ist vor Allem notwendig zu wissen, in welchem konkreten Sinne die gesetzlichen Änderungen, die man veranlassen will, zum Ausdruck zu bringen sind. Es ist somit die Pflicht der Unterrichtsverwaltung klar und deutlich diejenigen vorbereitenden Gestaltungen zu bezeichnen, die absolut notwendig sind, um den Weg zum definitiven Abschluß des Gesetzes selbst frei zu machen. Ich bin auch in diesem Bestreben durchaus nicht nachlässig, und ich habe trotz des Kulturkampfes — ein Wort, das ich außerordentlich ungern in den Mund nehme — Zeit und Kraft genug gehabt, um dieses Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Nachdem ich alle Materialien, alle sachverständigen Worte über diese betreffende Frage gesammelt hatte, und nachdem in 5 Provinzen des Landes die so oft als notwendige Voraussetzung des Unterrichtsgesetzes bezeichneten Organe der Selbstverwaltung durch die Kreisordnung geschaffen waren, habe ich das Material zu Denkschriften bearbeiten lassen, auf Grund deren die Entscheidung über die einzelnen Bestimmungen in dem Unterrichtsgesetzentwurf demnächst gefaßt werden sollte. Hierauf ist ein vollständiger Entwurf des Unterrichtsgesetzes ausgearbeitet worden und hat der eingehenden Kritik sämtlicher Mitglieder der Unterrichtsabtheilung meines Ministeriums unterlegen. Die Kritik war eine außerordentlich eingehende und schaffte das Material, dem gegenüber der bestimmende Minister die Verpflichtung der sorgfältigsten Verabreichung mit diesen sachverständigen Männern hatte. In diese Verabreichung ist eingetreten worden zunächst bei dem Volksschulwesen. Es fand sich aber, daß eine Frage in der Art nicht vorbereitet war, wie ich geäußert hatte, die Frage nämlich: wer ist der geeignete Träger für die Lasten der Volksschule und kann überall die Gemeinde als solche anerkannt werden? Meine Hoffnung wurde auch darin getäuscht, daß die Sammlung des Materials, welche in dem Ministerium des Innern über die Ausführung der Kreisordnung eingetreten war, nicht das für die Beantwortung der von mir angeordneten Frage Nöthige enthielt. Bedenken Sie die Bedeutung dieser Frage! Sie lehrte sich geradezu das ganze Gebiet des Volksschulwesens. Man muß sich klar machen, für welche Gestaltung ist der Begriff der Volksschule nach den jetzt vorhandenen Verhältnissen anwendbar? Es ist nicht bloß die Volksschule im engeren Sinne, es tritt hinzu das eben erst in der Entwicklung begriffene Gebiet der Mittelschulen und vor allen Dingen auch die Fortbildungsschulen. Es muß hier gefordert werden für Gebühlichkeiten, für die Lehrmittel, die heutzutage andere Anforderungen beanspruchen, als es noch vor wenigen Jahren der Fall war, vor Allem für die zur Unterhaltung des Lehrstandes erforderlichen Mittel, wozu nicht bloß das Gehalt des Lehrers gehört, sondern auch seine Pensionierung, der Wittnenkasten nicht zu gedenken. Es handelt sich sodann um die Frage, ob der Art. 24 in seinem Inhalt hierbei bestehen bleiben kann; ferner, wie in dem Falle, daß nicht nur für eine, sondern für mehrere Schulen die Gemeinde die Unterhaltung übernimmt, das Verhältnis des eigenen Schulvorstandes geregelt werden solle zu dem Vorstande des größeren Verbandes. Hiermit hängt die Frage zusammen: Wie wird es mit dem Schuleigentum der jetzigen Schulverbände, wenn andere Träger der Schulunterhaltungspflicht berufen werden, um dieselben zu übernehmen? Für alles das fehlt mir die thatsächliche Unterlage. Vor Allem tritt der eine Punkt mit großer Schärfe und Bedeutung hervor: in wie weit muß für das Schulwesen die Selbstverwaltung gelten? Wo ist der Staat berechtigt und verpflichtet das aus der Hand zu geben, was jetzt in seiner Hand liegt, und wo ist die Grenze zu ziehen, über die er nicht hinausgehen darf? Die Erörterung dieser Frage entscheidet geradezu über das Wohl und Wehe des Volkes. Eine andere Schwierigkeit hat der Vorredner bereits berührt. Es besteht ja keine Garantie, wenn die für die übrigen Provinzen geschaffenen Institutionen der Selbstverwaltung den übrigen Provinzen des preussischen Staates zur Ausführung kommen. (Hört, hört! links.) Dieses Zweifeln wegen darf man aber nicht das Unterrichtsgesetz auf fünf Provinzen begrenzen oder aber es gar liegen lassen. Man muß, durch genaue Erörterung mit den betreffenden Organen nach den in den Verwaltungsinstitutionen genannter Provinzen niedergelegten Grundsätzen und Prinzipien prüfen: wie findet

man eine jenen Grundsätzen entsprechende Organisation für die anderen Provinzen, die bisher mit diesen Institutionen nicht versehen sind, damit nach Einführung der Kreisordnung und der Selbstverwaltungsgesetze eine wesentliche Minderung in der bestehenden Organisation des Schulwesens nicht wieder eintrete. Ich würde geglaubt haben, wenn ich dies nicht thäte, mit sehr leichtem Sinn an die schwere Aufgabe heranzutreten. Man macht ja sehr oft den Vorwurf, die Gesetze würden nur vom grünen Tisch her gemacht. Man gewöhnt sich an diesen Vorwurf und wirft ihn zurück, wo er unberechtigt war; aber man muß sich hüten, so zu handeln, daß seine Zurückweisung unmöglich wird. Dabei habe ich eine eingehende, durch die Presse bekannt gewordene, selber aber nicht hinreichend beachtete Verfügung am 22. April v. Jahres zunächst an die Oberpräsidenten der fünf Provinzen erlassen. Ich habe wenige Tage darauf dieselbe Verfügung den Doer-Präsidenten der übrigen Provinzen mitgeteilt. Die Verfügung, welche auch im Centralblatt für Unterrichts-Verwaltung sich befand, schloß mit der Hoffnung, daß der Oberpräsident innerhalb dreier Monate das erforderliche Material werde beschaffen können. Ich bin aber mehrfacher Erinnerungen ungeachtet aus unsern bedeutendsten Provinzen Preußen, Schlesien, Brandenburg und der Rheinprovinz, bisher noch ohne die erforderlichen Berichte. (Hört! Hört!) Es wäre Unrecht, wollte ich den betreffenden Beamten und Organen damit einen Vorwurf machen. Die Provinzen sind in der That außerordentlich ausgedehnt nach ihrer Bevölkerung wie nach ihrem Flächenraum, sie umfassen auch die allererschwersten Verhältnisse, in Bezug auf das Schulwesen unentwickeltesten Bestandtheile. Darin liegen manche Schwierigkeiten für die prompte Erledigung der Sache. Aber es wird nicht mehr lange dauern, daß die Berichte eintreffen. Dann wird auch das Material gesichtet werden, und damit halte ich die Vorbereitung des Unterrichtsgesetzes geschlossen. Ich werde dann an die Prüfung jenes Entwurfs unter Berücksichtigung dessen gehen, was neu gewonnen ist, und werde Alles dazu beitragen, daß die nächste Session möglichst bald mit dem Unterrichtsgesetz besetzt werde. Wenn ich im vergangenen Jahre mich dahin ausgesprochen habe, daß es vielleicht möglich sein werde, das höhere Unterrichtswesen aus dem Gesamttrahnen des Unterrichtsgesetzes herauszuheben und zu einer besonderen Verhandlung hier zu stellen, so bin ich, diesen Gedanken prüfend, zu der Ueberzeugung gelangt, daß es besser war, es nicht zu thun. Es sind mir gerade aus Ihren Reihen viele Stimmen in diesem Sinne entgegengebracht worden und ich habe aus einem einfachen Grunde diese Stimmen als berechtigt anerkennen müssen. Es giebt in der Gliederung des gesammten Schulorganismus immerhin eine so große Anzahl von Berührungspunkten zwischen den beiden Gestaltungen des höheren und des Volksschulwesens, daß es bedenklich ist, das eine oder das andere zu wählen. Was die Frage des religiösen Unterrichts in den Schulen betrifft, so muß sie nach der Bedeutung der Schule und ihrer verschiedenen Natur freilich verschieden beantwortet werden, aber die Grundlage der Beantwortung muß ein und dieselbe sein und die Frage läßt sich erst entscheiden, wenn man sie nicht bloß für das höhere Schulwesen zur Erörterung stellt. Ich glaube im Uebrigen, daß dieser Aufschub von einem Jahre keine Nachtheil gewesen ist. Innerhalb des letzten Jahres haben mehrere der streitigen Fragen sich so klar und deutlich entwickelt, daß die verschiedenen Standpunkte sich ganz anders greiflich herausgestellt haben, als vordem. Und dann möchte ich an den Vorredner die Frage richten, hätte er wirklich geglaubt, daß, wenn in dieser Session der Entwurf des Unterrichtsgesetzes eingebracht wäre, derselbe werde gedehlt gefördert werden können? Ich glaube es nicht; sowohl wegen der Zeit, in welcher das Haus berufen werden mußte, als auch wegen der ersten Aufgaben, die ihm noch gestellt sind, ich glaube es nicht wegen des Eindrucks aller sonstigen Verhältnisse. Ich bin vielmehr der Ueberzeugung, wir brauchen nicht eine Session, sondern wir brauchen eine Legislaturperiode, in der das Unterrichtsgesetz den ersten, hauptsächlichsten Gegenstand bildet, ich glaube, wir brauchen eine Legislaturperiode, in die wir hineinziehen mit frischer Kraft und nicht mit beinahe erschöpften Kräften. (Beifall links.)

Abg. v. Gerlach bemerkt dem Abg. Windthorst (Bielefeld) persönlich, daß er die vor 25 Jahren gethane Aeußerung, daß der Küsterdienst für den Schullehrer eine Ehre sei, noch heute in vollem Umfange aufrecht erhalte. Jeder Kirchenbesuch sei für den Lehrer nicht bloß ein Ehren-, sondern ein heiliger Dienst. (Heiterkeit.)

Die Interpellation ist hiermit erledigt. Es folgt die Verabreichung über den Antrag des Abg. v. Denzin: Das Haus wolle beschließen, den mittelst Schreibens des königlichen Staatsministeriums vom 12. November 1875 dem Hause der Abgeordneten zur weiteren Veranlassung übersandten Bericht der Spezialkommission zur Untersuchung des Eisenbahnkonfessionswesens nunmehr baldigst, jedenfalls aber noch in dieser Session, zur Verabreichung zu ziehen.

Dem Antrage ist folgende Motivirung beigefügt: „Es ist eine beachtliche Forderung des Landes, daß der von der Untersuchungskommission erstattete Bericht zum Besten der allgemeinen Volksfabrik durch Verabreichung der sachlichen Momente nutzbar gemacht werde, für Entscheidung der Frage, ob die jetzige über Aktienunternehmungen bestehende Gesetzgebung einer Revision bedarf.“

Für den Antrag sind als Redner ein- geschrieben die Abgeordneten Lasker, Adenbiers, Kalle, v. Benza und v. Kardoss, gegen denselben die Abg. Richter (Hagen) und Lipke.

Bei der Verlesung der Rednerliste wird der Abgeordnete Lasker zuerst als Gegner des Antrages aufgeführt, wogegen derselbe unter großer Heiterkeit des Hauses Protest einlegt. Zur Begründung des Antrages nimmt zunächst das Wort:

Abgeordneter v. Denzin: Sie werden sich erinnern, daß die Rede des Abgeordneten Lasker vom 7. Februar 1873 über das Gründenthum bei dem Eisenbahnbaunamen im Lande die größte Aufregung hervorgerufen hat; Sie werden sich ferner erinnern, daß durch diese Aufregung veranlaßt, eine königliche Bottschaft an uns gelangte, der zu Folge eine Kommission ernannt wurde, um die Anlagepunkte, aber hauptsächlich das Konfessionswesen des Eisenbahnbaues zu untersuchen. Der Bericht ist schon am 12. September 1873 eingegangen, hat bis jetzt aber noch nicht dem hohen Hause vorgelegen. Außerdem entspringt mein Antrag aus dem Bestreben, dem Lande endlich eine Verabreichung zu geben. Der Bericht der Untersuchungskommission enthält zwei Abschnitte. Der erste betrifft die Personalien und die Beleuchtung des Verfahrens der Gründer bei Konfession von Eisenbahnen. Ich übergehe diesen Punkt, weil mein Antrag hauptsächlich sich auf das Sachliche bezieht. Ich übergehe ihn auch schon deshalb, weil den Beweisen, die in dem Berichte der Untersuchungskommission theilweise niedergelegt sind, nach meiner Ansicht eine weitere Folge nicht gegeben werden könnte. Meine Absicht ist bei der Stellung dieses Antrages, daß die Gesetzgebung über das Konfessionswesen uns zu Änderungen und den Zeitverhältnissen entsprechenden Verbesserungen nöthigen möge. Hierin bietet aber der zweite Theil vollständig Veranlassung; und es sind sehr schätzbare Vorschläge in dem Berichte enthalten. Ich erinnere

nur an verschiedene Vorschläge zur gesetzlichen Bestimmung über das Eisenbahn-Konjunktionswesen; ich will sie nicht näher bezeichnen, aber Sie werden sich wohl selbst davon überzeugen. Außerdem bietet der Bericht Vorschläge zur Begünstigung der Lokal- und Secundär-Bahnen durch Bezahlung von Staats-Pfändern; ferner Vorschläge über die Herausgabe von Aktien auch unter Pari, aber unter bestimmten Bedingungen. Es sind dies Vorschläge, die wohl einer Erwägung des Hauses bedürfen. Es ist allgemein anerkannt, daß der Privat-Eisenbahnbau seit dem 7. Februar 1873, wo wir die Anklage des Herrn Abg. Laßler hörten, gänzlich aufgehört hat, und ich glaube daraus entnehmen zu können, daß die Gesetzbestimmungen über das Eisenbahnwesen durchaus einer Veränderung bedürfen in der Art, daß sie den Verhältnissen angepaßt würden, deshalb empfehle ich Ihnen meinen Antrag zur Annahme. Sie werden dadurch Gelegenheit finden, die Vorschläge aus dem Kommissionsberichte zu prüfen u. wenn Sie finden, daß einzelne Dinge auf für die Aenderung der Gesetze sind, so werden Sie sich veranlaßt finden, dieselben dem Staatsministerium zur Berücksichtigung zu übergeben. Wenn ich nun noch bitte, Eins hinzuzufügen zu dürfen, so ist es das, daß der Herr Präsident die große Güte haben möge, den Gegenstand so schnell wie möglich zu betreiben und ihn baldigt auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Richter (Hagen): Nach meinen Äußerungen in einer der vorigen Sitzungen könnte es auffallen, daß der vorliegende Antrag von meinen politischen Freunden nicht unterzeichnet ist. Der Grund war, daß uns die Motive zu dem Antrage nicht glänzend gefaßt erschienen und deshalb habe ich mich in der Rede nicht gegen den Antrag einschreiben lassen. Das Parhos in den Motiven ist überflüssig und nicht der Sache entsprechend, da außerhalb des Hauses Mißverständnisse an eine solche Fassung geknüpft werden könnten. Warum ist der Antragsteller seinerseits nicht früher dazu geschritten, diese berechtigten Forderungen des Landes zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt zu erfüllen? Der Abg. Laßler hatte ja ausdrücklich erklärt, daß er seinerseits nicht die Initiative ergreifen würde, den Gegenstand auf die Tagesordnung zu bringen, und meiner Meinung nach hat derselbe daran Recht gehalten, denn er bedurfte einer Verhandlung, nicht, da der Jedermann jugendliche Bericht klar zeigt, daß alle von ihm behaupteten Thatsachen als erwiesen konstatirt. Der Abgeordnete Laßler ist naturgemäß Gegenstand der Angriffe von den verschiedenen Seiten aus gewesen; man hat zuerst gesagt, er sei eigentlich Schuld durch seine Rede an dem ganzen Krach und eine Aeußerung des Herrn Abg. v. Denzin, die er vielleicht selbst nicht so gemeint hat, könnte doch als eine Berücksichtigung dieser Anschuldigung aufgefaßt werden, er bestohte nämlich, daß seit der Rede der ganze Bau von Privat-Eisenbahnen im Lande gestockt hätte. Bekanntlich fällt zufällig mit der Zeit nach dieser Rede der große Krach zusammen, der nicht bloß die Unternehmungen auf dem Gebiete der Privatbahnen, sondern überhaupt alle Unternehmungen gelähmt hat. Meine Herren, gerade die Ergebnisse dieser Untersuchungs-Kommission enthalten, soweit überhaupt in diesem Untersuchungsbericht Namen politisch bekannter Männer vorkommen, fast ausschließlich nur Thatsachen gegen Personen, die den konservativen Parteien angehören. Wenn nun der Abgeordnete Laßler seinerseits die Initiative ergriffen hätte, so würde er mit Recht den falschen Schein haben hervorzurufen können, als ob er diesen Gegenstand zu Angriffs auf die konservativen Parteien als solche ausnutzen wollte, als ob er diese Dinge den Parteien als solchen vorwerfen wollte. Dazu kam noch ein anderer Grund. Dem Abg. Laßler wurde damals vorgeworfen und zwar von einem Mitgliede, welches diesen Antrag jetzt unterstützt hat, im Reichstage, daß er mit diesen Vorgängen zugleich auch an die schlechte Leidenschaft und die Ständelsucht appellire. Die Erneuerung des Bormurrs würde dem Abg. Laßler nicht erspart worden sein. Ich halte mich für verpflichtet, das hier anzuführen, weil in den Privatgesprächen, die ich seiner Zeit mit dem Abg. Laßler über die Frage hatte, ob seinerseits der Bericht auf die Tagesordnung zu bringen sei, ich aus diesem Grunde mit ihm der Ansicht gewesen bin, daß es anderen Seiten und anderen Mitgliedern des Hauses zu überlassen wäre, die Initiative zu ergreifen. Ich, wenn man von der konservativen Seite damals die Initiative nicht ergriffen hat, so bin ich weit entfernt zu glauben, daß dies geschehen ist, weil eben dieser Bericht viel Dinge enthält über Personen, die den konservativen Parteien sich zurechnen, ich bin vielmehr der Ansicht, daß die andern Mitglieder des Hauses diesen einfachen rein geschäftlichen Gründe geleitet haben, die für mich persönlich maßgebend waren, nicht zu beantragen, diesen Bericht auf die Tagesordnung zu setzen. Bergewärtigen wir uns zunächst doch die Situation. Das Präsidium mußte zunächst darüber schlüssig werden, nachdem der Bericht eingebracht war, wie weit dieser voluminöse Bericht mit allen seinen Anlagen gedruckt werde; der Druck verzögerte sich bis in den Januar hinein; Mitte Februar begann die Reichstags-Session; aus der Reichstags-Session kamen wir erst am 28. April wieder hierher zurück; die Session wurde geschlossen am 24. Mai. In dieser Session beschäftigten uns nun schon obnehin einzelne Kapitel des Berichts: wie die Verhandlungen über die Nordbahn, andere wichtige Sachen mußten zum Abschluß gebracht werden, die Arbeit drängte. Ich persönlich und gewiß auch Andere waren berechtigt, einem Verlangen, diesen Bericht auf die Tagesordnung zu bringen, einfach die Bemerkung entgegenzusetzen, daß es uns unmöglich war, in der kurzen Zeit überhaupt auch nur den Bericht zu lesen, geschweige denn, daran nähere Untersuchungen und Reflexionen zu knüpfen. Mir ist die Bestüre des Berichts erst möglich gewesen in der darauf folgenden Ferienzeit. Nun, wenn es wirklich wie die Motive sagen eine „berechtigten Forderung des Landes“ gewesen wäre, um „Besten der allgemeinen Wohlfahrt“ diesen Bericht auf die Tagesordnung zu bringen, so hätten wir ja unmittelbar bei Beginn der folgenden Session so verfahren müssen und hätten uns auch nicht abhalten lassen müssen durch den Umstand, daß der Abg. Laßler damals durch Krankheit dauernd verhindert war, an den Arbeiten dieser Session theilzunehmen. Aber, meine Herren, auch ohne daß wir diesen Bericht im Ganzen förmlich auf die Tagesordnung brachten, ist er wiederholt Gegenstand der Verhandlungen hier gewesen. In der folgenden Session kamen die Vorlagen wegen des Anlaufs der Nordbahn, wegen der Pommerischen Centralbahn und wegen der Münster-Entscheider Bahn in das Haus. Alle diese Einigungen, wenn ich von der Münster-Entscheider Bahn vielleicht absehe, sehen sich so ähnlich, wie ein Ei dem andern, und wenn man über eine dieser Einigungen verhandelt hat, so hat man über alle die Gründungen verhandelt, von denen in dem Bericht die Rede ist; überall dasselbe Scheinzeichnen, General-entreprisen, Bezahlung der Bauunternehmer mit Aktien, die noch nicht untergebracht sind, künstlich erhöhte Anschläge, um die Lasten der Aktien unter Pari zu ermäßigen, und Bezahlung der Gründerprovision von Seiten der Bauunternehmer aus dem Gewinn der künstlich erhöhten Banknotenanschläge. Meine Herren, auch wenn dieser Bericht in dieser Session, der neuen Session, nicht auf die Tagesordnung förmlich gebracht worden wäre, so würden wir doch auch in dieser Session uns wieder mit dem Bericht, wenn auch formell nur mit einem einzelnen Theile desselben, in beschäftigten haben, der Bahn Halle-Sorau-Guben. Ich fügte daher, daß wenn wir uns, nachdem wir uns schon mit einzelnen Kapiteln des Berichts befaßt haben, auch nun einmal förmlich mit dem Bericht im Ganzen beschäftigen, und es darum doch nicht erspart sein wird, künstlich wiederum noch auf solche einzelne Kapitel des Berichts aus Befassung besonderer Gesetzvorlagen näher einzugehen, denn es befinden sich aufeinander nach andere in dem Bericht erwähnte Bahnen in einer ebenso zweifelhaften Lage. Meine Herren, ich muß daher meinerseits offen sagen, daß ich ein Bedürfnis, diese Gründungen außer bei den einzelnen Gesetzvorlagen nochmals im Allgemeinen her durchzusprechen meinerseits nur in einem sehr geringen Maße empfinde. Nun hat der Herr Abgeordnete v. Denzin in seinen Motiven besonders hervorzuheben, daß die sachlichen Momente über Aktienunternehmungen betreffende Gesetzgebung einer Revision bedürftig ist. Meine Herren, die Gesetzgebung über Aktienunternehmungen einer Revision bedarf, gehört in den Reichstag. Diese Frage ist bereits im Reichstag Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Der Herr Abg. Laßler hat einerseits nicht geäußert, sobald die

Verhandlungen der Untersuchungs-Kommission im ersten Abschnitt fertig waren, durch eine Interpellation an den Reichstag die Frage zu stellen, ob die Mißstände, die, abgesehen von Eisenbahngesellschaften bei anderen Aktienunternehmungen hervorgerufen seien, zur Kenntniß der Reichsregierung gekommen wären, und ob die Reichsregierung beabsichtige, im Wege der Gesetzgebung darin Abhilfe zu schaffen. Es ist das eben jene Interpellation und jene Verhandlung gewesen, die dem Herrn Abg. Laßler von einem der Unterzeichner des v. Denzinschen Antrages den Vorwurf zugezogen haben, daß er mit solchen Anregungen an die Ständelsucht und schlechten Leidenschaft appellire. Vielleicht würden sich diese Verhandlungen im Reichstag länger ausgedehnt haben, wenn nicht Herr v. Denzin damals der Erste gewesen wäre, der den Schuß der Diskussion beantragt hat. (Große Heiterkeit.) Von Seiten der Reichsregierung wurden Erhebungen zugestimmt bei sämtlichen Bundesregierungen, ob solche Mißstände bei Aktienunternehmungen hervorgerufen seien, und so viel ich weiß, so viel man davon in Zeitungen gelesen hat, hat darauf der Bundesrath beschloffen, bei Gelegenheit der Revision des Handelsgesetzbuchs auch die Revision des Gesetzes über Aktienunternehmungen in Erwägung zu ziehen. Meine Herren, unter diesen Umständen scheint es mir sehr wenig zweckmäßig zu sein, hier im Landtag, in welchen die allgemeine Frage der Revision der Aktien-Gesetzgebung gar nicht gehört, die Frage dieser Revision weiter zu verhandeln. Nun liegt die Sache allerdings so, daß die Eisenbahngesellschaften auch Aktien-Gesellschaften sind, aber gerade eine ganz besondere Art, nämlich diejenige Klasse von Aktien-Gesellschaften, die nicht spontan, sondern nur durch Konzeption der Regierung entstehen können und die in ihrer Entstehung und Verwaltung der besonderen Beaufsichtigung von Seiten der Regierung unterliegen. Es reduziert sich also die Frage hier wesentlich darauf, ob es zweckmäßig ist, die sachlichen Momente aus dem Untersuchungsbericht nutzbar zu machen für eine Revision der Eisenbahngesetzgebung, speziell insoweit diese Gesetzgebung den Landtag besonders interessiert. Der Abg. v. Denzin hat nicht erwähnt und vielleicht ist ihm dies aus der Erinnerung geschwunden, daß diese Resolutionen der Untersuchungs-Kommission bereits nutzbar gemacht sind in einem Gesetzentwurf der Regierung, daß im Anschluß an die Resolutionen der Untersuchungs-Kommission im Januar 1874 ein Gesetzentwurf der Regierung über die Anlage von Eisenbahnen diesem Hause vorgelegt wurde. Dieser Gesetzentwurf ist in diesem Hause nicht einmal zur ersten Lesung gelangt, die Regierung hat den Gesetzentwurf im nächsten Jahre nicht wieder vorgelegt, es ist auch von keiner Seite überholt, so viel ich mich erinnere, eine Anregung gekommen, diesen Gesetzentwurf wieder vorzulegen. Ich für meine Person bin damit sehr zufrieden, denn ich muß sagen, die praktischen Vorschläge der Untersuchungs-Kommission für die Abhilfe in der Gesetzgebung — ich glaube, darin weiche ich sehr entschieden von dem Abg. Laßler ab — bilden den weniger werthvollen Theil des Berichtes der Untersuchungs-Kommission. Sie machen auf mich den Eindruck, als ob man, in die ganze Tiefe des Gegenstandes einzudringen, in der Untersuchungs-Kommission die Zeit nicht gehabt hat und wesentlich in mehr formal abändernden Gesetzbestimmungen eine Abhilfe sucht. Doch, meine Herren, darüber heute ein Urtheil zu fällen, wäre verfrüht, da wir über die Sache selbst noch nicht sprechen. Sie werden es aber immer erklärlich finden, wenn ich für mich ein Bedürfnis, die Reformen der Eisenbahngesetzgebung anzuknüpfen, gerade an den Bericht der Untersuchungs-Kommission, nicht in besonders hohem Maße anerkenne. Wenn wir nun gleichwohl diesem Antrage zustimmen, — über die Motive wird ja nicht abgestimmt — so geschieht es, wie ich offen sagen will, nicht aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, sondern aus Gründen, die außerhalb der Sache liegen, die aber leider zur Sache gehören und die außerhalb dieses Hauses noch mehr als hier im Hause selbst als mit der Sache in Verbindung stehend angesehen werden. Sie müssen mir schon einige Minuten Geduld schenken, um dies näher darzulegen. Meine Herren, Personen, die mit dem Gang der Sache praktisch vertraut sind, wissen nicht genug zu erzählen von der Gesichtslosigkeit, welche diese kleinen Reaktionen entwickeln, wenn man einen Stein am Bache aufhebt und sie darunter blicken will, wie sie es dann verstehen, mit Schwanzschlägen den Schmutz und den Sumpf in Wasser aufzurühren, um dann unter dieser trüben Oberfläche mit Leichtfertigkeit ihrem Verfolger entgegen zu können. (Heiterkeit.) So habe ich es mir von Anfang an auch erklärt, wie der Abg. Laßler Gegenstand der vielfachen persönlichen Angriffe gewesen ist von derjenigen Seite, welche er im öffentlichen Interesse vorsehen mußte. Noch vor dem 7. Februar, als er eben anfang, seine Fragen zu stellen, wurde er mit einer Fluth von Verdächtigungen überschüttet, die gar nicht mit dem Gegenstande im Zusammenhang standen, die aber selbst auf das Staatsministerium einen solchen Eindruck damals machten, daß das Staatsministerium in einem hier feierlich verlesenen Schreiben sich zum Mundstück solcher Verdächtigungen machte. Allerdings hat sofort in derselben Sitzung der damalige Ministerpräsident, Herr v. Roon, erklärt, daß er diesen Theil des Anschreibens zurücknahm. Damit hat aber die Sache durchaus noch nicht aufgehört. Man hat ihm zuerst vorgeworfen, daß er, indem er die Sache immer wieder neu anrege, an die schlechten Leidenschaften, an die Ständelsucht appellire, ja die Industrie ruiniere. Jetzt, wo der Abg. Laßler aus sehr begreiflicher Zurückhaltung schweigt, kommt der umgekehrte Vorwurf, daß er den Angriff schone, und deshalb, um persönlichen Angriffen gegen sich oder gegen seine politischen Freunde aus dem Wege zu gehen, alles daransetze, um zu verhindern, daß in der Sache weiter verhandelt werde. Meine Herren, diese Angriffe sind in den letzten Monaten wieder in einer erneuten Stärke hervorgetreten. Ich erkläre mir das daraus, daß diejenigen Persönlichkeiten, welche damals öffentlich von der politischen Bühne abtreten mußten, nunmehr wieder größere Aussicht zu haben glauben, auf die politische Oberfläche emporzukommen (Süß!) und ich muß allerdings sagen, wie ich es schon an einer anderen Stelle gesagt habe, daß von einem sehr einflussreichen Manne nicht gering geschätzt, um diese Aussicht ein für allemal niederzuschlagen. (Sehr richtig!) Meine Herren, aber ich würde doch der Wahrheit nicht entsprechen, wenn ich annähme, daß alle diese Anschuldigungen und Verdächtigungen nur von einigen wenigen Personen, die man ja an den fünf Fingern leicht herabzählen kann. Nein, meine Herren, man macht sich dabei eine Stimmung nutzbar, die in einem nicht unerheblichen Theile des Publikums vorhanden ist. Ein nicht unerheblicher Theil des Publikums hat in Folge der Ueberhebelung Einbuße erlitten, Einbußen entweder an wirklichem Vermögen oder doch in der Vorstellung des Vermögens, welches man in den Jahren der Ueberhebelung zu besitzen glaubte. Wie solche Spekulationen immer sind, so sind sie auch hier geeignet, die Schuld daran, anfangt in sich selbst, in ihrer Leichtgläubigkeit, in ihrer Unvorsichtigkeit und in ihrer Genußsucht zu erblicken, irgend einem dritten außer ihnen Stehenden zur Last zu schieben. Wenn ihnen nun derartige Verdächtigungen vorgeführt werden, so knüpfen sie nur leicht daran an, um die Schuld ihrer Verluste an der Stelle zu finden, wo ihnen vorgeredet wird, daß sie lügen. Meine Herren! Aber auch das würde noch nicht ausreichen, um diese Stimmungen zu erzeugen, die in einem nicht unerheblichen Theile des Publikums und der Presse — das dürfen wir uns nicht vergessen — vorhanden ist, wenn nun nicht noch drei Parteien dazu kämen, welche sich diese Verdächtigungen und diese Stimmung besonders nutzbar zu machen suchen. Meine Herren, um keine Mißverständnisse hervorzuheben, nenne ich diese Parteien gleich, es sind Parteien, die außerhalb des Hauses stehen: die Schutzblätter, die Sozialdemokraten und die Agrarier. (Heiterkeit.) Meine Herren, von dieser Seite sucht man geflissentlich die Mißstände, unter denen wir augenscheinlich in wirtschaftlicher Beziehung leiden, auf die neuere Gesetzgebung zurückzuführen, obwohl man sich doch sagen muß, daß wir es gerade der neuere Gesetzgebung verdanken, daß die Folgen der Ueberhebelung nicht noch größer sind, als sie in Wirklichkeit sind. Zu der objektiven Verleumdung der neueren Gesetzgebung kommt nun aber — und das spricht nicht sehr für die Aussicht dieser Parteien — die subjektive Verleumdung der Gesetzgeber. In den Organen dieser drei Parteien werden geflissentlich Verleumdungen und Verdächtigungen verbreitet, als ob diese neuen Gesetze nicht nur an und für sich schlecht wären, sondern als ob das persönliche Interesse, das Geldinteresse der Gesetzgeber, der Abgeordneten oder doch der großen Mehrheit der Abgeordneten sie veranlaßte, wider ihr besseres Wissen

solche schlechten Gesetze zu geben. Meine Herren, der Fürst Bismarck hat mit großem Recht die bekannten Leitartikel der „Kreuz-Zeitung“ neulich im Reichstage gebrandmarkt. In diesen Artikeln wird der Fürst Bismarck selbst dargestellt als ein zwar ehrlicher, aber doch in wirtschaftlichen Dingen sehr beschränkter Mann vom Lande, der nun in die Stadt Berlin kommt; unter dem Titel von Ministern kommen einige Schleiher, die ihn in die Hände von Bauernfängern bringen, (Heiterkeit) das sind nämlich die parlamentarischen Verleumdungen. In dem parlamentarischen Spiel unterliegt er nun und wird genöthigt, obne daß er eigentlich ahnt, was er thut, allerlei Gesetze zu unterschreiben, Gesetze, die natürlich die redliche Arbeit und die Landwirtschaft u. s. w. nur zu schädigen geeignet sind. Diese Artikel der „Kreuzzeitung“ sind allerdings eine besonders reich und üppig entfaltete Giftblüthe, aber sie stehen doch nicht vereinzelt da. Auf dem Sumpfboden, den ich geschildert habe, wuchern diese Blumen nach allen Richtungen hin. Ja, es hat auch natürlich nicht daran gefehlt, es haben sich allerhand literarische Brutelschneider und Buchmacher gefunden, die gewissermaßen in Treibhäusern solche Saisonartikel künstlich züchten. (Heiterkeit.) Nun entwickelt sich aus diesen Verleumdungen ein förmliches Fangballspiel zwischen den Organen der drei Parteien, die ich eben gekennzeichnet habe. Dazu kommt noch ein anderer Theil der Presse, der rein aus platonischer Liebe zum Skandal (Heiterkeit), ohne jeden Parteinach diesem Spiel sich anschließt. Eine Zeitung besteht sich bei einer Verleumdung immer auf die andere, und wenn bei diesem Fangballspiel einmal aus Versehen eine Kugel in die literale Presse fliegt, so fehlt es auch dort oft nicht an Leuten, welche mit sichtlichem Behagen in majorem dei gloriam das Spiel fortsetzen. (Heiterkeit.) Meine Herren, ich kann da aus eigener Erfahrung sprechen. Die Verleumdungen gegen mich waren zu dumm erfunden, als daß ich hier darauf zurückkommen will. Ich bin auch weit entfernt, die Mitgließer des Bentrums, die hier sitzen, dafür irgendwie verantwortlich zu machen, denn die Herren nehmen ja keinen Anstand, sowohl privatim als öffentlich zu erklären, daß sie ein solches Treiben in einem Theile ihrer Presse auch für vermeintlich erachten. Meine Herren, auf diese Weise sucht man nun von verschiedenen Seiten uns im deutschen Volk oder wenigstens in ihrem erheblichsten Theile allmählig eine Stimmung hervorzuwecken, die mich lebhaft erinnert an eine Stimmung, die man im Jahre 1870 und 1871 in Frankreich beobachtet hat. Das französische Volk hat große Niederlagen, Einbußen nicht wirtschaftlicher Natur sondern politischer Natur erlitten. Anstatt nun in sich zu gehen, in den eigenen Fehlern zu greifen und dort die Quellen der Niederlage und Verluste zu suchen, galt es als eine ausgemachte Sache, daß an sämtlichen Niederlagen der französischen Heere, der französischen Politik nur der Verfall der schuldigen sei. Vor der Anschuldigung des Verraths war der tapferste General, der bisher vertrauenswürdige Anführer des französischen Heeres nicht sicher. Ja, es konnte kommen, daß, wenn eine Verleumdung, die man im gewöhnlichen Leben nicht für ganz bei Sinnen erachtete, sich diese Theorie des allgemeinen Verraths der Volkses zu eigen machte, sie auf einige Tage der Held des Tages werden konnte. Allerdings hatte eine so halb närrische Verleumdung dann vollständig in die partielle Verleumdung, die einen erheblichen Theil des französischen Volkes damals in den Augen des Auslandes wenigstens ergriffen zu haben schien. — Meine Herren, wenn eben jetzt ein nicht unerheblicher Theil im Publikum und in der Presse diese Anschuldigung und Verleumdung dahin zuläuft, daß überhaupt ein großes Komplot existire, wodurch die Gesetzgebung im persönlichen Interesse geleitet werde zum Schaden des Volkes, zum Schaden aller redlichen Männer, so macht das vielleicht im Auslande einen eben so wenig für uns schmeichelfhaften Eindruck, wie es damals auf und mochte, wenn wir ähnliche Wahrnehmungen in Frankreich machten. Meine Herren, es gehört zu diesem Schiem, als einen Gegenstand dieses Komplotes auch zu bezeichnen, daß dieser Bericht nicht auf die Tagesordnung gelangte. Nun, meine Herren, wer eintempehnen möchte, — für das Haus hier braucht man ja das überhaupt nicht zu sagen — der weiß, daß in diesem Bericht wenig oder fast gar nichts steht, was näher zu erklären irgend jemand auf dieser Seite (Süß!) oder im ganzen Hause unbenommen erscheinen könnte, daß gerade solche Anschuldigungen, die man außerhalb jetzt mit Vorliebe zu erheben sucht, sich in dem Bericht gar nicht finden. — Es hat freilich die Presse, welche am meisten klagt, daß der Bericht nicht zur Verhandlung komme überherrscht am wenigsten gethan hat, den Inhalt des Berichtes dem Publikum zugänglich zu machen. Meine Herren, man hat allerdings einem großen Theile der deutschen Presse den Vorschlag gemacht, daß sie diesen Bericht zu wenig dem Publikum in Auszug zugänglich gemacht hat, daß das große Publikum sich über den Inhalt des Berichtes durchaus in Unkenntniß befindet und aus dieser Unkenntniß heraus falsch urtheilt. Es hängt vielleicht damit zusammen, daß man in Deutschland weniger als in England gewohnt ist, so voluminöse parlamentarische Aktenstücke für den Gebrauch der Tagespresse geeignet zu machen. Meine Herren, wenn wir hier der Gelegenheit aus dem Wege gehen wollten, Anschuldigungen, wie sie vielfach außerhalb erhoben werden, zum Gegenstande parlamentarischer Verhandlungen zu machen, so würde es wenig heißen zu verhindern, daß dieser Bericht hier nicht auf die Tagesordnung kommt. Man kann ja in jeder anderen Form sowohl im Reichstage wie im Landtage eine Interpellation oder auf andere Weise eine Erörterung herbeiführen und zwar selbst in leichterer Weise, als es ein solcher Bericht ermöglicht, der sich doch immer nur auf einen beschränkten Theil von Unternehmungen erstreckt. Meine Herren, indem wir dem Antrage zustimmen, diesen Bericht auf die Tagesordnung zu legen, wollen wir auch den Schein verhindern, als ob man von irgend einer Seite dieses Hauses die Gelegenheit vermeiden oder irgend ein Hinderniß in den Weg legen wollte, die Schranken noch dieser Sitzung zu öffnen. Wenn man nun draußen auch in gewissen Kreisen vielleicht einen großen Theil dieses Hauses als ein Komplot zur Unterdrückung von Thaten befindlich erachtet, so wird man doch draußen annehmen müssen, daß, wenn jene Anschuldigungen es verbieten, sich wenigstens ein ehrlicher Mann im Sinne der Leute draußen noch in diesem Hause befindet, der die dort erhobenen Anschuldigungen hier aufnimmt, und wäre es auch nur, um zu beweisen, denjenigen, gegen den sie erhoben werden, Gelegenheit zu geben, sie ihrerseits zu widerlegen. Meine Herren, wenn wirklich gravirende Momente gegen einzelne Mitglieder dieses Hauses vorliegen sollten, deren nähere Untersuchung im öffentlichen Interesse wünschenswerth erscheint, oder wenn solche gravirenden Momente gegen irgend Jemanden im Lande vorliegen, der sich mit der Firma einer Partei dieses Hauses drückt, so haben wir gar keine Veranlassung, einer solchen Verhandlung irgend einen entgegenzutreten. Keine Partei dieses Hauses macht ja Anspruch darauf, daß sie im Alleinbesitz der Moral sei, daß Elemente, die ihr nicht ebenbürtig sind, in derselben Eingang finden. Stellt sich also durch eine öffentliche Verhandlung wirklich heraus, daß irgend welche Anschuldigungen gerechtfertigt sind, so wird es jeder Partei dieses Hauses willkommen sein, Elemente, die ihr nicht ebenbürtig sind, aus sich auszuweisen. Meine Herren, solche Verhandlungen können allerdings im öffentlichen Interesse sehr ersenenbringend sein, wenn sie das Muster festhalten, das meines achtens in ganz vorzüglichster Weise der Herr Abg. Laßler gegeben hat, als er sich im öffentlichen Interesse veranlaßt sah, gegen dochstehende Beamte vorzugehen. Der Herr Abg. Laßler hat sich damals persönlich seine persönliche Erregung und durch die Angriffe, die ihm persönlich von Seiten der Regierung zu Theil wurden, nicht hinreißten lassen, allgemeine Beschuldigungen zu erheben. Er hat in seiner Rede vom 7. Februar ausdrücklich hervorgehoben, daß alles das, was er gegen einzelne Personen vorbringt, keinen Schatten werfe auf die Ehre des preussischen Beamtenstandes im Allgemeinen, daß er nichts gegen denselben habe, was die Ehre des preussischen Beamtenstandes im Allgemeinen angreife, er hat seine Anschuldigungen auf einzelne Personen beschränkt, wie er hat den Kreis der Anschuldigungen soweit abgefaßt, daß das Beweismaterial zur Hand hatte, ein Beweismaterial, dessen Richtigkeit und Vollständigkeit durch die Verhandlungen der Untersuchungs-Kommission bewahrt. Meine Herren, wenn man von irgend einer Seite eine Veranlassung zu haben glaubt, Verhandlungen der Art wieder aufzunehmen und fortzusetzen und sie in der geschilderten Form

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Februar. Wind: SW. Barometer 27,10. Ther-
meter + 9° R. Witterung: leicht bedeckt.
Weizen loco per 1000 Kilogr. 175-213 Rm. nach Dual. gef.,
gelber per diesen Monat, April-Mai 193 191 bz, Mai Juni 196,10-
194,50 bz, Juni-Juli 200,50-198,50 bz, Juli-August 202,50-201 bz,
Sept.-Okt. 204,50-203,50 bz. - Roggen loco per 1000 Kilogr. 147-
159 Rm. nach Dual. gef., russ. 147-149,50, polnisch 150-150,50, in-
länd. 155-158 ab Bahn bz, per diesen Monat, - Frühjahr 149-148
bz, Mai-Juni 148-147 bz, Juni-Juli 148-147 bz, Juli-August 148-
147,50 bz. - Gerste loco per 1000 Kilogr. 132-177 Rm. nach Dual.
gef., - Hafer loco per 1000 Kilogr. 135-182 Rm. nach Dual. gef.,
ost. u. westp. 150-176, pom. und wech. 170-178, russ. 150-176,
55hm. 170-178 ab Bahn bz, per diesen Monat, - Frühjahr 161-
160,50 bz, Mai-Juni 162 nom., Juni-Juli nom. - Erbsen per
1000 Kilo Roggenwaare 172-210 Rm. nach Dual., Futterwaare 165-170
Rm. nach Dual. - Kays per 1000 Kilogr. - Rüben -
Leinöl per 100 Kilogr loco ohne Faß 58 Rm. - Rüböl per 100
Kilogr loco ohne Faß 62 Rm. bz, mit Faß -, per diesen Monat 63-
62,5 bz, Febr.-März do., April-Mai 63-62,4-62,5 bz, Mai-Juni
63,6-63,1 oz, Sept.-Okt. 63,6-63,1 bz. - Petroleum raffin (Standard
white) per 100 Kilo mit Faß loco 29 Rm. bz, per diesen Monat 27 R.
Febr.-März -, Sept.-Okt. 24,8 bz. - Spiritus per 100 Liter a
100 pEt loco ohne Faß 44,2 Rm. bz, per diesen Monat -, loco mit
Faß -, per diesen Monat 45 nom., Febr.-März do., April-Mai 46,3-
45,9 bz, Mai-Juni 46,8-46,4 bz, Juni-Juli 48-47,7 bz, Juli-August
49,2-49 bz, Aug.-Sept. 50,3 50 bz. - Wehl Weizenmehl Nr. 0
27-26, Nr. 0 u. 1 25,50-24 Rm Roggenmehl Nr. 0 23,50-22 Rm,
Nr. 0 u. 1 21-19,50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Saft. - Rog-

genmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Saft per diesen Mo-
nat 20,75-20,70 Rm. bz, Febr.-März do., März-April do., April-
Mai 20,80-20,75 bz, Mai-Juni 20,96 bz, Juni-Juli 21 bz, Juli-
August do. (B. u. S. R.)
Breslau, 23. Februar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] -
Kleeblatt, rotte, fest; ordinär 48-51, mittel 54-57, sehr 59-62,
hochfein 64-66. - Kleeblatt, weisse, Inapp; ordinär 52-58, mittel
62 68, fein 72-77, hochfein 79-84 - Roggen (per 2000 Pfd.) niedriger,
abgel. Kündigungsgeld -, per Febr. u. Febr.-März 142 B, April-Mai
145-144 bz, Mai-Juni 146 bz, Juni-Juli 150-149 bz u. G., Juli-
August 151-150 bz. - Weizen 183 B, per April-Mai 184 B, Mai-
Juni 187 bz. - Gerste 144 B. - Hafer 160 B, April-Mai 158 50
bz. - Kays 315 B. Rüböl matter, gel. 300 Ctr., loco 65 B, per
Febr. u. Febr.-März 62,50 B, April-Mai 61,50 bz u. B., Mai-Juni
62,50 B, Sept.-Okt. 62,50 B. - Spiritus wenig verändert, gel.
5000 Rter loco 44 B. 43 G. per Febr. u. Febr.-März 44,50 B, April-
Mai 45,30 G., Mai-Juni 46 G., Juni-Juli 47 bz, Juli-August 48 bz.
- Zinn fest, ohne Umfag. Die Börsen-Kommission (Br. S. B.)
Stettin, 23. Februar. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Veränder-
lich. + 8° R. Barometer 28. Wind: SW.
Weizen wenig verändert, per 2000 Pfd loco selber 156 bis
189 R, weicher 180-185 R, per Frühjahr. 193 194-193-183 50
R. bez. Mai-Juni 197-196 50-197 50 R. bez., 197 R. B. u. Gd.
Juni-Juli 200 R. bz, Juli-Aug. 203 50 R. Gd., Sept.-Okt. 206
R. Gd. - Roggen wenig verändert, per 2000 Pfd loco inländi-
scher 170 bis 154 R, russische 140-146 R, Frühlings 143,50
R. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 144 R. Br. u. Gd., Juni-Juli 144
R bez, Br. und Gd., Juli-Aug. 144,50 R. bez., Br. u. Gd., Sept.-
Okt. 146-145,50 R. bez. und Gd. - Gerste und Hafer ohne
Handel. - Erbsen ohne Handel. - Mais stille, per 2000 Pfd.

lofo 121,50 Rl. bez. - Winter raps per 2000 Pfd. loco 185 Rl.
bz. - Winter raps flau, per 2000 Pfd. pr. April-Mai 204 Rl.
bz. und Br., per Sept.-Okt. 287 Rl. Br. - Sentiger Landmarkt
Weizen 180-186 Rl. - Roggen 153-160 Rl. - Gerste 150-160
Rl., Hafer 168-174 Rl. - Erbsen 171-180 Rl. - Kartoffeln
bis 51 Rl. - Heu 250-3 Rl. - Stroh 36-42 Rl. - Rüböl
niedriger, per 200 Pfd. loco flüssiges ohne Faß 64 Rl. Br., Febr.-
März 63 Rl. Br., April-Mai 63,25-62,75 bis 63 Rl. bez.,
Juni 64 Rl. Br., Sept.-Okt. 63 Rl. bez. - Spiritus niedriger,
per 10,000 Liter pEt loco ohne Faß 44,20 Rl. bz, per Febr. 45,80
Rl. nom., Frühjahr 46 Rl. bez. und Br., Mai-Juni 46,80 Rl. Br.,
Juni-Juli 47,80 Rl. Br., Juli-August 48,80 Rl. Br., Aug.-Sept.
49,80 Rl. Br. - Angemeldet: Nichts. - Reanitrungspreis
für Kündigungen: Rüböl 63 Rl. - Spiritus 44,80 Rl. - Petro-
leum loco 13,25 Rl. bz. und Br., Kleinigkeiten 13,40 Rl. bez.,
Reanitrungspreis 13 Rl. per Febr. 12,40 Rl. bez., 13 Rl. Br., Sept.-
Okt. 11,60 Rl. Br., 11,50 Rl. Gd. (D. u. R.)

Meteorologische Beobachtungen zu Wosen.

Table with 5 columns: Datum, Stunde, Barometer 260 über der Höhe, Therm, Wind, Wolkenverh.

Wasserstand der Warthe.

Wosen, am 22. Februar 12 Uhr Mittags 2,72 Meter.
23 3,00

Berlin, 23. Februar. Der Verkehr Charakterisirte sich auch
heute vorwiegend durch große Lustlosigkeit und konnte, trotz der von
außerhalb, namentlich von Paris her, gemeldeten Festigkeit, Anfangs
nicht gerade matt, sondern mehr nur unentschieden genannt werden.
Auf spekulativem Gebiete hat sich allerdings der von uns bereits am
Anfang dieses Monats mit Bestimmtheit vorausgesagte Stille Ueber-
flus herausgestellt. Angesichts der Vorgänge auf dem Bank- und Aktien-
Markt wurden zunächst starke Summen Kreditaktien verkauft, deren
Lieferung jetzt ausgeführt wird. Dennoch war die Notiz nicht über-
mäßig stark gedrückt, da doch auch andererseits nicht unbedeutende
Blanko-Abgaben stattgefunden haben. Im Anschlusse an Kreditaktien,
welche etwa 3 M herabgesetzt wurden, erlagen auch Diskonto-Kom-

mandit-Anteile einem Drucke, welcher hauptsächlich auf die Belastung
des Unternehmens mit unglücklichen Wertpapieren, wie Gothaer-Bank, zu-
rückgeführt wurde. Die übrigen Spiel-Papiere lagen sehr still, wie
überhaupt das Geschäft, abgesehen von der Prologations-Thätigkeit
fast ganz stille, Franzosen fest, Lombarden matt. Der Eisenbahn-
Aktienmarkt zeigte freilich keine so günstige Prognose wie gestern,
lag aber doch recht fest. Ungünstig wirkte die Nachricht, daß die
Bergisch-Märkische Bahn schon in der nächsten Zeit 36 Millionen
Mark Prioritäten werden ausgeben müssen. - Potsdamer waren
steigend. - Hannover-Altenbeller, Halberstädter und Gera-Blauen
beliebt. Unter den Bank- u. Warenauswechslern, Koburger und
Münchenburger, Centralbank für Bauten, Preussische Bodenkredit und

Hypothekbank einigermaßen beliebt. Bergwerke still. Lauruschiffe
gedrückt. Centrum, Bekfältische Union, Courl, Bergsch-Märkische
und Deutsche Stab-Industrie beachtet. Industrie-Werte ziemlich
belebt, namentlich Reichsbau, Haubener u. d. Linden, Friedrichshagen,
Dranienburger Chemische, einzelne Maschinenfabriken und Brauereien.
Fonds und Prioritäten sehr ruhig, auch österreichische wenig fest.
Fremde Renten ziemlich gut behauptet, aber ohne Verkehr. Loose still.
- Per Ultimo notiren: Frankosen 499,50-501,50, Lombarden
200,05-199,50, Kreditaktien 310-309,50-311,50-10, Lauruschiffe
58,25-7,75 Das Leihgeld für Franzosen und Kreditaktien war eine
Kleinigkeit billiger. Darmstädter flau. - Der Schluß war wie-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks with columns for name, price, and other details.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Table listing Prussian government bonds and currency exchange rates.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign government bonds and international exchange rates.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway company shares and their market prices.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway company priority bonds and their market prices.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds and their market prices.